

Gleichschaltungspolitik der NSDAP ausgespielt hatten, fallengelassen. Das Bekenntnis der Partei zum »positiven Christentum« wurde durch die Parole von der konfessionellen Neutralität des Staates ersetzt. Zu gleicher Zeit regten sich innerhalb der Partei wieder stärker neuheidnische Strömungen um Rosenberg mit grundsätzlichen Angriffen auf das Christentum.

Reichsbischof Müller geriet durch die innerkirchlichen Konflikte um die Deutschen Christen und infolge des Nachlassens staatlicher Protektion zwischen alle kirchlichen Fronten. Gegen Ende 1934 mußte Hitler erkennen, daß die Gleichschaltungspolitik gegenüber den Kirchen mit Hilfe der »Reichskirche« gescheitert war. Müller verblieb zwar in seinem bedeutungslos gewordenen Amt. Seit Ende 1934 wurden aber Pläne zur völligen Trennung von Staat und Kirche ausgearbeitet, die indessen nicht verwirklicht wurden. Hitler beschritt den Weg des geringsten Widerstandes, als er im Juli 1935 die Kompetenzen der Reichsminister für Inneres, für Wissenschaft, Erziehung und Kunst sowie des preußischen Ministerpräsidenten in einem Reichskirchenministerium zusammenfaßte und dieses dem altgedienten Parteigenossen Hanns Kerrl übertrug.

Die Arbeit beruht auf gründlichem Quellenstudium und verfolgt bis in die Einzelheiten genau den Verlauf der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik gegenüber den Kirchen. Allerdings wird die Lektüre durch das häufige Wechselbad von katholischen und evangelischen Kapiteln ebenso erschwert wie durch den chronologischen Fortgang der Studie anstelle einer mehr sachorientierten Gliederung. Schwerer wiegt indessen die einseitige Beschränkung der Untersuchung auf den staats- und kirchenrechtlichen sowie diplomatischen Bereich, der soziologische und politische Fragestellungen weitgehend ausklammert. Es mag sein, daß der Arbeitstitel der aus einer theologischen Dissertation hervorgegangenen Studie diese Einseitigkeit vorgegeben hat. Aber von einer Veröffentlichung über »Nationalsozialismus und Kirchen« würde man gern einiges erfahren über das Verhältnis von Konfession und NSDAP. Gibt es beispielsweise einen Zusammenhang zwischen der Anfälligkeit für den Nationalsozialismus und den theologischen Ausrichtungen bestimmter Landeskirchen, also den lutherischen, pietistischen oder reformierten Traditionen bestimmter Gebiete? Wahlkreisanalysen für 1932/33 und die NSDAP-Mitgliederdichte vor dem Hintergrund der konfessionellen Bevölkerungsstruktur hätten hier Auskünfte geben können. Ebenso fehlt eine Untersuchung über Art und Zeitraum des Vordringens der NSDAP in den katholischen Raum. Wieviele Mitglieder umfaßte die »Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher«, und welche Resonanz hatte sie im katholischen Kirchenvolk? Eine bloße *relatio ex actis*, mag sie auch noch so sorgfältig aufbereitet sein, vermittelt nur einen sehr unvollständigen Einblick in die Fragestellung und damit in das zeitgeschichtliche Geschehen.

Patrik v. zur Mühlen

Arthur Hanau / Roderich Plate, Die deutsche landwirtschaftliche Preis- und Marktpolitik im Zweiten Weltkrieg (= Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 28), Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1975, IX, 126 S., kart., 39 DM.

Studien über Probleme der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik sind in den letzten Jahren in größerer Zahl erschienen. Nur wenige befassen sich aber in subtiler Weise und auf bisher nicht veröffentlichtem Material basierend so vollständig mit einem speziellen Teil der Agrarpolitik, daß dadurch unsere Erkenntnisse über einige interessante Interpretationsvarianten hinaus wirklich bereichert werden. Die Verfasser des zu besprechenden Buches haben 1948 und 1949 die hier veröffentlichte Darstellung im Rahmen eines größeren Projektes über die Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion in verschiedenen Ländern im Zweiten Weltkrieg im Auftrage des Food Research Institute der Stanford University

in Kalifornien angefertigt. Entsprechend der Bedeutung der nationalsozialistischen Agrarpolitik von 1933 bis 1939 für die Organisation der Kriegswirtschaft in diesem Bereich mußten die Autoren zu einem erheblichen Teil auch die Agrarpolitik der Nationalsozialisten in dieser Vorkriegszeit mit in ihre Betrachtung einbeziehen, so daß es eigentlich zu einer Darstellung der landwirtschaftlichen Preis- und Marktpolitik und ihrer Auswirkungen für Produktion und Versorgung von 1933 bis 1945 insgesamt gekommen ist. Bereits 1949 hatten die Autoren die Untersuchung abgeschlossen. Sie haben sie in dieser, mehr als 25 Jahre alten Fassung zum Druck gegeben, da »neuere Literatur [...] die landwirtschaftliche Preis- und Marktpolitik des Nationalsozialismus [...] nicht weiterführt«, was durchaus zutrifft und was zugleich ein Symptom für die nicht in der Sache begründeten begrenzten Erfolge umfangreicher Studien über einzelne Bereiche der nationalsozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik ist. Die Verfasser stellen sehr detailliert dar, welche Ziele die Nationalsozialisten mit welchen Mitteln und mit welchem Ergebnis im Bereich der Nahrungsmittelproduktion und -versorgung gehabt haben. Dabei wird vor allem auch hervorgehoben, daß die häufig zu beobachtende isolierte Betrachtung der Agrarpolitik oder gar der landwirtschaftlichen Preis- und Marktpolitik auf wichtige Erkenntnismöglichkeiten verzichtet, indem die zahlreichen Wechselwirkungen und parallelen Entwicklungen vernachlässigt werden. Gerade für die Nationalsozialisten war auch die Agrarpolitik nur Mittel zu einem weit über die Landwirtschaft hinausgehenden Zweck, nämlich zur Absicherung der Nahrungsmittelversorgung zu möglichst niedrigen oder wenigstens stabilen Preisen, vor dem Erfahrungshorizont des Ersten Weltkrieges. Die Verfasser machen deutlich, daß diese Einordnung auch der Agrarpolitik in eine allgemeine, Konflikte mit dem Ausland bewußt in Kauf nehmende oder gar darauf abzielende Machtpolitik die landwirtschaftliche Preis- und Marktpolitik erst zu einem Teil der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik und insbesondere auch der nationalsozialistischen Finanzpolitik macht. Wenn die Autoren in ihrer Darstellung drei Perioden unterscheiden, dann geschieht dies daher in enger Anlehnung an die sonst übliche Periodisierung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik:

1. Die von den Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung gekennzeichneten Jahre von 1933 bis 1939 wurden von einer Förderung der Nahrungsmittelproduktion zur Verminderung der Abhängigkeit von Zufuhren aus dem Ausland, von der Schaffung einer landwirtschaftlichen Marktordnung zur Stabilisierung von Produktion (d. h. Angebot), Nachfrage und Preisen, ferner von einer Regulierung der Einfuhren (durch Einordnung in die seit dem 31. Juli 1931 bestehende Devisenbewirtschaftung) bestimmt. Die Verfasser hätten deutlicher herausarbeiten müssen, daß es sich bei diesen Maßnahmen einmal um einen Schutz der Landwirtschaft vor den auf dem Weltmarkt infolge der erheblichen natürlichen Produktionsschwankungen und der unelastischen Nachfrage immer wieder auftretenden Krisen handelte, d. h. um einen Schutz vor erheblichen Preiseinbrüchen und damit Einkommensminderungen. Bedenkt man, daß das Manuskript dieses Buches bereits 1949 abgeschlossen worden ist, d. h. lange vor der erneuten Bedrängung der Landwirtschaft durch eine auf dem Weltmarkt bemerkbare Überproduktion, dann ist dieses Versäumnis allerdings verständlich. Neben dem hier genannten und vor allem für die Landwirte interessanten Aspekt konnte und sollte diese Politik dazu dienen, das wichtige Ziel einer Stabilisierung der landwirtschaftlichen Produktion auf einem relativ hohen Niveau anzusteuern. Damit sollte eine wichtige Voraussetzung geschaffen werden, um die Autarkie im Nahrungsbereich im Hinblick auf einen außenpolitischen Konflikt, insbesondere im Kriegsfall, zu erreichen. Da beide Ziele mit gleichgerichteten Mitteln erreicht werden konnten, war es möglich, einheitliche agrarpolitische Mittel einzusetzen.

2. Die Verfasser heben hervor und machen innerhalb der Entwicklung von 1933 bis 1945 deutlich, daß die zweite Phase von Ende 1936 bis Sommer 1939 einerseits von der mit dem

Abbau der Arbeitslosigkeit verbundenen wachsenden Nachfrage der privaten Haushalte auch nach Nahrungsmitteln, vor allem des gehobenen Bedarfs (tierische Produkte), gekennzeichnet war, andererseits von dem Bemühen der Nationalsozialisten, die bisher begonnene Agrarpolitik stärker zu kanalisieren und weiter zu entwickeln, um sie als Instrument einer eventuellen Kriegswirtschaft nutzbar machen zu können. Die am Anfang dieser Periode den Außenhandel beeinträchtigende Devisenknappheit zwang bereits zu einschneidenden Maßnahmen, vor allem im Butterverbrauch. Zugleich wurde damit begonnen (ab 1936), Abgabekontingente für Getreide festzulegen, um nach und nach (bis 1939) einen Vorrat an Nahrungs- und Futtergetreide (von 8,8 Mill. t) anzulegen. Auch wenn Beeinflussungsmöglichkeiten z. B. über die individuelle Beratung mit Hilfe der Hofkarte bestanden, so betonen die Verfasser doch, daß es dem einzelnen Landwirt überlassen blieb, zu entscheiden, welchen Produktionszweig er innerhalb seines Betriebes in besonderer Weise fördern wollte. Wenn diese Freiheit im allgemeinen auch bestand, so konnte doch im Einzelfall die Beratung mit dem erforderlichen Nachdruck durchgeführt worden sein. Hier zeigt sich, daß die Verfasser sich nach den schriftlichen Quellen richten, aber die Praxis der Betriebsberatung nicht in ihre Überlegungen einbezogen haben. Für den Verbraucher wurden schon 1936/37 die infolge der Einfuhrdrosselung entstehenden Lücken in der Versorgung mit tierischen Produkten bemerkbar.

3. Auf die dritte Periode von 1939 bis 1944/45 zielen die Ausführungen der Autoren hauptsächlich ab. Sie zeigen, in welchem Maße die Produktion sich dem Bedarf anpassen konnte, d. h. ob die nationalsozialistische Agrarpolitik sich bewährte, das angestrebte Ziel einer Versorgung der einheimischen Bevölkerung ohne Nahrungsmiteleinfuhren zu erreichen. Die Verfasser machen deutlich, daß die Nationalsozialisten die bis 1939 geschaffenen Einrichtungen der Erfassung und Verteilung von Agrarprodukten jetzt intensivierten. Die Produktion blieb allerdings auch nunmehr im wesentlichen ohne globale Steuerung. Das System war vielmehr auf eine Verteilung des Produzierten ausgerichtet. Produktmenge und Produktionsstruktur standen außerhalb der Beeinflussung. Dies war so lange ohne große Bedeutung, wie Produktion, Zuteilung und die steuerbare Nachfrage in etwa übereinstimmten. Erst als mit fortschreitendem Krieg die angesammelten Vorräte vermindert wurden und auch die Erträge infolge der verringerten Nährstoffversorgung der Böden zurückgingen, kam es zu einer deutlichen Disharmonie zwischen Angebot und gelenkter Nachfrage. Zusätzliche Einfuhren aus den besetzten Gebieten konnten zwar zur Aufrechterhaltung einer ausreichenden Ernährung beitragen und den Anschein erwecken, als ob bis Kriegsende die nationalsozialistische Agrarpolitik erfolgreich gewesen sei. In Wirklichkeit war aber eine entscheidende und zur Absicherung erforderliche Ausdehnung der Produktion insgesamt nicht oder kaum eingetreten. – Berücksichtigt man, daß ein erhebliches Produktionspotential bei breiter Ausnutzung der wichtigsten naturwissenschaftlichen Erkenntnisse, vor allem bei einer verstärkten Anwendung der künstlichen Düngemittel inländischer Herkunft, hätte aktiviert werden können, dann erkennt man erst, wie sehr die Maßnahmen der Nationalsozialisten in der Agrarpolitik lediglich auf eine Lenkung des Vorhandenen ausgerichtet waren. Marktwirtschaftliche und planwirtschaftliche Bestandteile sind keineswegs zu einer optimalen Wirkungsweise kombiniert worden. Eine ordnungspolitische Orientierung hätte wohl auch nicht in der pragmatischen Ausrichtung der Nationalsozialisten gelegen.

Die Verfasser gehen auf das Problem der Zweckerreichung nicht ausdrücklich ein, wie die Studie überhaupt durch die fast durchweg fehlende politische Bewertung hervorsteht. Sie versucht nicht, wie es heute leider häufig geschieht, den Leser durch einseitige Interpretationen und Bewertungen zu bevormunden. Man merkt, daß die Verfasser es gewohnt sind, für einen Leserkreis zu schreiben, der mit den Grundproblemen des Agrarmarktes vertraut ist. Durch diese kühle und distanzierte Darstellungsweise gelingt es ihnen, einen so umfassenden

Problemkreis übersichtlich und verständlich auf wenig mehr als 100 Seiten zusammenzuziehen. Sie füllen damit eine wirkliche Informationslücke. Zu bedauern ist lediglich, daß dies erst 26 Jahre nach Abschluß des Manuskriptes geschieht.

Friedrich-Wilhelm Henning

Gottfried Niedhart, Großbritannien und die Sowjetunion 1934 – 1939. Studien zur britischen Politik der Friedenssicherung zwischen den beiden Weltkriegen (= Veröffentlichungen des Historischen Instituts der Universität Mannheim, Bd. 2), Wilhelm Fink Verlag, München 1972, 497 S., Ln., 68 DM.

Die aus einer Dissertation hervorgegangene materialreiche Studie behandelt einen speziellen Aspekt der britischen Außenpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg. Im Rahmen der internationalen Beziehungen soll die Sowjetunion von ihrem Eintritt in den Völkerbund bis zum Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes als Faktor der britischen Politik eingeordnet und seine wechselnde Bedeutung bestimmt werden. Zwar werden einzelne Aspekte der Thematik bereits in der vielfältigen und umfangreichen Literatur zur Zwischenkriegszeit angeschnitten, doch gehen verschiedene Thesen in diesen Arbeiten zumeist von der Annahme aus, das Problem Sowjetunion habe in den außenpolitischen Überlegungen britischer Politiker eine zentrale Stellung eingenommen (S. 23). Aufgabe der vorliegenden Arbeit soll es nun sein, dies zu überprüfen. Vor dem allgemeineren Hintergrund der Ziele und Motive britischer Politik in den dreißiger Jahren soll in vier Kapiteln das Spektrum der Auseinandersetzung mit dem »bolschewistischen Rußland« untersucht werden, wobei sich die Darstellung letztlich auf die Regierungspolitik konzentriert.

In einem ersten Kapitel werden zunächst die Rußlandbilder verschiedener politischer und gesellschaftlicher Gruppen vorgestellt, deren Wurzeln nicht selten in der Oktoberrevolution zu suchen sind. Ein zweites Kapitel ist der jeweiligen Stellung der UdSSR in den Zielvorstellungen verschiedener außenpolitischer »Schulen« gewidmet (S. 25). Während im allgemeinen lediglich zwischen den »traditionalists« und den »collectivists« unterschieden wird, soll in der vorliegenden Arbeit eine stärkere Differenzierung vorgenommen werden. Zwar werden die »collectivists« als Anhänger des Gedankens der kollektiven Sicherheit im Rahmen des Völkerbundes als damit hinreichend charakterisiert bezeichnet, doch bei den »traditionalists« erscheint es dem Autor nicht ausreichend, sie lediglich als relativ geschlossene Gruppe mit den Grundsätzen traditioneller britischer Außenpolitik zu identifizieren. Das dritte und vierte Kapitel schließlich behandeln die jeweilige Außenpolitik der Regierung, wobei Entscheidungen in Beziehung zu politischen Parteien, Gruppen und Einzelpersonlichkeiten außerhalb des engeren Regierungsbereiches gesetzt werden sollen (S. 26). Zentrale Fragen dieser Kapitel sind zum einen die Funktion der UdSSR in der britischen Deutschlandpolitik und zum anderen die außereuropäischen Interessen und Verflechtungen der britischen Politik. Festzuhalten gilt es noch, daß die Ereignisse und auch die sowjetische Außenpolitik allein von der britischen Perspektive aus betrachtet werden und auch hier nur insoweit, als sie auf die britische Politik eingewirkt haben.

Bei den anfangs zu untersuchenden unterschiedlichen Rußlandbildern stellt der Autor zunächst fest, daß große Informationslücken jegliche Entscheidungsfindung erschwerten, so daß es ihm außerordentlich problematisch erscheint, ein Urteil darüber zu fällen, ob die britische Rußlandpolitik alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft hat. Seine Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß jedes Rußlandbild sich aus mehreren Komponenten zusammensetzte, die mit unterschiedlicher Gewichtung jeweils vorhanden waren. Dazu gehörten u. a. Informationen und Meinungen über »politische und soziale Verfassung der Sowjetunion«, »Ziele der sowjetischen Außenpolitik«, »Propagandatätigkeit der Komintern« und die »UdSSR als Machtfaktor in der internationalen Politik« (S. 427). Aus